

AKTUELL

WASSERGESETZ

Für Schutzgebiete und Preiserhöhungen

Raymond Klein

Unklarheiten und Fehlentwicklungen diagnostiziert der Mouvement im Entwurf zum neuen Wassergesetz. Und hält stur am wirtschaftsliberalen Dogma der Kostenwahrheit fest.

„Es ist als positiv zu werten, dass mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf das Ziel verbunden ist, die gesamte Thematik der Wasserwirtschaftspolitik endlich in einem Rahmengesetz zusammenzufassen.“ Solche Dinge sagt man, bevor man anfängt, alles das aufzuzählen, was negativ ist. Die Stellungnahme des Mouvement écologique vom 22. November, aus der dieser Satz stammt, spart jedenfalls nicht mit Kritik an der Regierungsvorlage für ein neues Wassergesetz, die derzeit in der Chamberkommission diskutiert wird.

Dass sich der Entwurf „an den wesentlichen Fragestellungen vorbeimogelt“, liegt laut Mouvement unter anderem daran, dass er trotz seiner Länge - 147 Seiten - „vor allem politische Absichtserklärungen formuliert“. Wie diese Absichten umgesetzt

werden sollen, sei weitaus weniger präzise dargelegt. Beispiel Trinkwasserschutzzone: Sie sollen helfen, das Grundwasser vor Nitraten und Pestiziden frei zu halten. Obwohl seit vielen Jahren ein gesetzlicher Rahmen existiert, kam bisher keine offizielle Ausweisung zustande. Doch im Gesetzesentwurf seien weder die Prozedur, noch die notwendigen Kompensationszahlungen an Landwirte geregelt, kritisiert die Umwelt-NGO.

Im Unklaren bleiben auch andere konkrete Bestimmungen, die per Règlement grand-ducal nachgereicht werden sollen. Der Mouvement listet 27 davon auf, unter anderem jene zur Berechnung des Wasserpreises, zu den Subventionen für Kläranlagen und zur Hochwasserprävention. Wenn diese bis zum Votum nicht vorlägen, so die NGO, dann würde man dem Wasserwirtschaftsamt einen Blankoscheck unterzeichnen.

Dies ist nicht die einzige Kritik an der staatlichen Verwaltung. Der Mouvement diagnostiziert eine „Vermengung von Aufgaben, die sowohl die

Finanzierung, die technische Realisierung von Maßnahmen und die Kontrolle der Einhaltung von Auflagen betreffen“. Dies führe zu Interessenkonflikten und die Regulations- und Kontrollfunktion laufe Gefahr, zu kurz zu kommen. Man solle stattdessen ausloten, „welche Kernbereiche tatsächlich durch staatliche (verbeamtete) Strukturen durchgeführt werden müssen (strategische Aufgaben, Rahmensetzung, Kontrolle) und welche über „Outsourcing“ abgewickelt werden können“.

„Outsourcing“, das klingt nach Privatisierung. Was jedoch in linken Kreisen als Schreckgespenst gilt, ist für die Umweltorganisation kein Thema. Auch an der Frage nach einer so-

zialen Gestaltung des Wasserpreises, wie sie von der Privatbeamtenkammer gefordert wurde (woxx Nr. 928), ist der Mouvement kaum interessiert: Man wolle das zu diesem Zeitpunkt nicht kommentieren. Es müsse aber geklärt werden, „wie die unterschiedlichen Akteure belastet werden - Privatpersonen, Betriebe, Landwirte usw., wie ein Anreiz für Wasser sparendes Vorgehen gewährleistet und wie die soziale Dimension berücksichtigt werden kann“.

In Sachen Wasserwirtschaft tendiert der Mouvement generell zu einer marktliberalen Linie. So kritisiert die NGO die geplante staatliche Subventionierung des Baus von Kläranlagen: „[Es] stellt sich die Frage, was in diesem Zusammenhang eigentlich noch Kostenwahrheit bedeutet.“ Diese Subventionen führten zu einer „künstlichen Verringerung“ der Gebühren. Je höher der Wasserpreis, umso besser für die Umwelt, so scheint das Credo des Mouvement in diesem Punkt zu lauten. Begründet wird es mit dem Pollueur-Payeur-Prinzip. Bleibt nur die Frage, wann der Mouvement écologique - aus der gleichen Logik der Kostenwahrheit heraus - endlich einen Benzinpreis von drei Euro fordert.

Kommuniqué und Stellungnahme unter www.oeko.lu.



FOTO: STOCK.XCHNG

GENDER UND UMWELT

Sigi Sorglos

Christiane Walerich

Leitbilder von Männlichkeit und Weiblichkeit haben Einfluss auf das Umweltbewusstsein. Das versuchte ein Vortrag an der Uni darzulegen.

Ein Mädchen mit blonden Zöpfen sitzt am Frühstückstisch. Sie trinkt ihren Orangensaft aus, stellt das Glas ab. Ihre Mutter hilft ihr in den Kindermantel, hängt der Tochter den Schürzen um, küsst sie zum Abschied. Und schüttet den Küchenabfall in die Schultasche. Ein Spot wird eingeblendet mit den Worten: „Und was geben Sie der nächsten Generation mit auf den Weg?“

Diese Filmsequenz gehört zum Fundus von Angela Franz-Balsen, die an der Universität in Lüneburg am Institut für Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation arbeitet. Anfang

der Woche war sie eine der zahlreichen Referentinnen, die zum Workshop „Gender - Macht - Veränderung“ der Universität Luxemburg geladen war.

„Dass Nachhaltigkeitskommunikation auch etwas mit Gender zu tun hat - filmisch dargestellt im Bild der ‚guten Mutter‘ - ist vielen nicht bewusst“, so Franz-Balsen. Schon Anfang der Neunzigerjahre, als der Begriff „Nachhaltigkeit“ noch nicht gebräuchlich war, habe sich gezeigt, dass das Umweltproblem nicht geschlechtsneutral zu betrachten ist.

Dabei wurde dieser Tatbestand damals eher zufällig entdeckt: Erhebungen der deutschen Umweltbewusstseinsforschung, die alle zwei Jahre die Ökologieeinstellung der Bürger ermittelt, haben mittels Segregation

nach Geschlechtern gezeigt, dass es markante Unterschiede im Risikobewusstsein in Bezug auf Nachhaltigkeit gebe. „Es gab eine Feminisierung oder eine ‚Hausfrauisierung‘ der Umweltverantwortung“, meint Franz-Balsen. Bezeichnend hierfür sei etwa der damals vom deutschen Umweltministerium initiierte Aufklärungscomic zur Abfallvermeidung: Während der männliche Protagonist „Herr Sigi Sorglos“ als Umwelttrottel fungierte, zeigte sich „Fräulein Müller-Wachtendonk“ informiert in puncto Mülltrennung.

Mittlerweile hat in der Politik und in der Wissenschaft ein Paradigmenwechsel stattgefunden: Nachhaltiges Handeln bezieht sich heute nicht mehr nur auf ökologische und soziale Kernprobleme zwischen den jetzigen und den späteren Generationen, sondern auch auf die Gerechtigkeit innerhalb der jetzt lebenden Generationen, auf Gender und die Gewährleistung von politischer Partizipation.

„Nachhaltigkeit wird heute auch als Frage der Kultur definiert“, sagt Franz-Balsen. Hier spielen die Leitbilder von Männlichkeit und Weiblich-

keit, die sich in der westlichen Welt einerseits tief greifend wandeln und andererseits ein unzeitgemäßes Beharrungsvermögen aufweisen, eine große Rolle. Der australische Forscher Robert W. Cornell hat etwa das Leitbild für ideale Männlichkeit als „hegemoniale Männlichkeit“ beschrieben, die ein bestimmtes hierarchisches und dominantes Verhältnis zur Geschlechterkonstellation aufweist. Dieses Leitbild zu bedienen, gilt als Schlüssel zum Erfolg in unserer westlichen Gesellschaft. „Andererseits haben gerade diese Leitbilder einen wesentlichen Einfluss auf die (Nicht-)Nachhaltigkeit gesellschaftlicher Entwicklung“, meint Franz-Balsen. Denn die geschlechtlichen Leitbilder tragen aufgrund ihres immanenten Distinktionsverhaltens zum Fortbestand der gesellschaftlichen Probleme bei und fördern eine Kultur des Kapitalismus, der Naturressourcen gnadenlos ausbeutet. „Diese traditionellen Leitbilder behindern den gesellschaftlichen Wandel.“ Auch deshalb sei ein Umdenken in den Geschlechterverhältnissen wichtig, so die Referentin.